

Der jüngste Aufsatz Alexander Gaulands („Warum muss es Populismus sein?“), erschienen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, hat für erhebliche Aufregung gesorgt. Erst als Adaption eines Hitler-Textes gelesen, entpuppte er sich bald als Plagiat eines Blog-Beitrags von Michael Seemann im „Tagesspiegel“. Inhaltlich aber ist dieser Gauland-Text nur der bisher letzte Ausdruck der Selbstradikalisierung eines vormaligen Konservativen.

Alexander Gauland: Selbstradikalisierung eines Konservativen

Im Januar 1999 erschien in den „Blättern“ ein Kommentar, in dem der damalige CDU-Politiker und Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen“, Alexander Gauland, für eine Rückbesinnung auf das Konservative plädierte, ohne dass man diese geistesgeschichtliche Strömung in die fatale Nähe des Nationalismus rücke. Offenkundig hat der Autor in den letzten zwanzig Jahren seine Meinung fundamental geändert, bezeichnet er doch den Nationalsozialismus inzwischen als bloßen „Vogelschiss“ der Geschichte. Wirft man einen Blick auf diesen „Blätter“-Kommentar, ergibt sich eine bemerkenswerte Spannung: Einerseits liegt der damals wertkonservative CDU-Politiker programmatisch auf der Linie Angela Merkels – ja, er spricht der damaligen Generalsekretärin sogar seine Unterstützung für den Parteivorstand aus. Andererseits ist rückblickend schon die Wandlung zum AfD-Vorsitzenden zu erahnen, dessen einziges Thema die angeblich „unbeschränkte Aufnahmebereitschaft“ Deutschlands ist. Gaulands Analyse des Konservativen, geschrieben kurz

nach der verlorenen Bundestagswahl vom September 1998, soll die Strategien ausloten, die zu neuen Mehrheiten für die Union führen können. Interessanterweise läuft seine Analyse ausgerechnet auf ein Plädoyer des heutigen AfD-Vorsitzenden für Merkel hinaus, die er als Hoffungsfigur eines neuen Wertkonservatismus ansieht. Ein gutes Jahr später, im April 2000, dem Monat des CDU-Parteitags, veröffentlicht Gauland in seinem letzten Text in den „Blättern“ gar das Stellenangebot für den neuen CDU-Bundeschef – unter dem Titel „Gesucht: Konservative Reformer“. Gauland hält seine Lobrede für Merkel allerdings nicht, weil sie von der CDU-Spendenaffäre unbelastet ist. Diese erachtet er bezeichnenderweise als „weitgehend zu Ende, der Fluss kehrt in sein altes Bett zurück.“ Dagegen sieht Gauland – schon damals – den fundamentalen Konflikt im Streit zwischen Globalisierungsfreunden und konservativen Reformern. Seine Abneigung gegenüber einer kosmopolitischen Welt findet in Merkel eine Hoffnungsträgerin, die – Gauland zufolge – einem zusammenwachsenden Europa misstraut: „Frau Merkel steht für einen skeptischen Konservatismus, der sich der menschlichen Unvollkommenheiten bewusst ist und deshalb neu auftauchenden Gedanken wie der Globalisierungsmode misstraut.“ Obwohl Merkel von Gauland nicht zum Lager der Reformer gezählt wird, plädiert er für sie, da er zu glauben scheint, die Generalsekretärin würde die Institutionen des Staates nicht einem geeinten Europa opfern. Wie Gauland zu dieser Einschätzung der späteren Euro- und EU-Verteidigerin Merkel kommt, bleibt unklar.

Hier, in seiner Ablehnung jedweder internationalen Orientierung, wird schon der nationale Zuschnitt seines Konservatismus deutlich. So fällt schließlich sein ironisches Votum für den CDU-Bundeschef wie folgt aus: „Die ostdeutsche Angela Mer-

kel würde wohl am ehesten die Werte der alten Bundesrepublik bewahren.“ Gauland ist – damals wie heute – kein klassischer neoliberaler Politiker. Er verteidigt den „Staat als Ordnungsfaktor“ und schreibt in den „Blättern“ sogar, dass „nicht marktwirtschaftlicher Radikalismus, sondern ein linker Toryismus, ein mit sozialen Elementen angereicherter Wertkonservatismus [...] der CDU den Weg zu neuen gesellschaftlichen Mehrheiten“ öffnen könne. Dem widerspricht jedoch sein heutiges Agieren als AfD-Frontmann gegen eine „merkelisierte“ CDU – worunter nichts anderes zu verstehen ist als ein, eben noch von ihm geforderter, linker Toryismus. Doch was widersprüchlich wirkt, ist eigentlich nur konsequent: Denn um Gaulands Analyse des Konservativen zu verstehen, muss man im Blick behalten, wie er – heute wie damals – die Rolle des Staates versteht. Der Staat ist Gauland zufolge nur insofern ein Ordnungsfaktor, als er auf einer autoritär-kommunitaristisch geprägten Verbindung zwischen Nationalstaat und Sozialstaat aufbaut. Nur so seien „die tatsächlichen Sorgen und Nöte breiter Schichten des Volkes“ zu identifizieren. De facto heißt dies, dass der Staat seine Ordnungsfunktion in allererster Linie in Bezug auf die Migration einnehmen muss: „Konservative wissen, dass Europa nur dann von den Menschen angenommen wird, wenn zugleich Gemeinden, Länder und Regionen als überschaubare kulturelle Einheiten gestärkt werden.“ In diesem Satz ist die ganze Engführung von Gaulands Gedanken auf die Migrationsfrage schon angelegt. Letztlich ist die Wahrung kultureller Einheiten der Kernbestand dessen, was er als das konservative Wissen bezeichnet. Daher, so schreibt er bereits in den „Blättern“, dürfe „allein die kulturelle Resorptionsfähigkeit Maßstab für die Zuwanderung sein.“

Auf seinem späteren Weg zum AfD-Bundesvorsitzenden sind Gauland

endgültig alle sonstigen thematischen Aspekte des Konservativen abhandelt gekommen. So schreibt er in seinem „Blätter“-Kommentar noch völlig zutreffend, dass gegen Ende des 19. Jahrhunderts „sich der Konservatismus in fast allen westeuropäischen Ländern mit dem Nationalismus zu einer unheiligen Allianz“ verband. Und weiter heißt es: „Dem utopischen Entwurf einer Gemeinschaft von Freien und Gleichen wurde das Bild einer rassistisch getönten Volksgemeinschaft entgegengesetzt. Nicht die Sicherung der Freiheit des einzelnen durch Institutionen, sondern das Aufgehen des Individuums in der Schicksalsgemeinschaft Nation war das Programm dieses Konservatismus. Diese Epoche ist zu Ende, und es wird Zeit, zu den Ursprüngen des Konservatismus zurückzukehren.“ Alexander Gauland ist nicht zu dem zurückgekehrt, was er selbst als die Ursprünge des Konservatismus bezeichnet. Vielmehr hat er sich davon abgewandt und in einseitiger Weise zum Vorkämpfer „einer rassistisch getönten Volksgemeinschaft“ radikalisiert. Einseitig deshalb, weil die Rolle des Staates in dieser Sicht allemal unterkomplex erscheint. Und radikalisiert deshalb, weil es in seiner politischen Praxis zu einem Kurzschluss gekommen ist, der notwendig konservativ und national in eins denkt – oder um diesen Gedanken mit Gaulands eigenen Worten zum Abschluss zu bringen: „Zu schnell wird konservativ [...] mit dem Wörtchen national zu nationalkonservativ verbunden. Doch dies ist eine Verkürzung, ja Verfälschung des Konservatismus, der geistesgeschichtlich die längste Zeit ein Gegner des Nationalen war.“ Von dieser treffenden Unterscheidung will Gauland heute offensichtlich nichts mehr wissen. Ansonsten würde ihn seine Umarmung des Nationalisten Björn Höcke wohl am meisten schmerzen.

Bastian Reichardt